

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Hilfs-Büro)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 87/88.

Berlin, Sonnabend, 8. Mai 1915.

Seibemundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1914. — Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Anzeigen.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1914.

Die durch den Krieg geschaffene Lücke hat es mit sich gebracht, daß der Tätigkeitsbericht im verfloßenen Geschäftsjahr keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Schon gleich zu Beginn des Krieges hat ein großer Teil unserer Leiter der Rechtsberatungsstellen zur Fahne eilen müssen. Das hatte zur Folge, daß in den betreffenden Orten eine Störung oder gar ein Stillstand in der Führung der Geschäfte eintrat. Demzufolge war es denn auch nicht möglich, dazwischen einen Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1914 aufnehmen zu können. Insbesondere hart wurden unsere Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus durch den Krieg getroffen. In diesen Stellen werden die Arbeiten größtenteils nebenamtlich ausgeführt; demzufolge fehlte es auch im gegebenen Augenblick an geeigneten Hilfskräften. Durch den Krieg wurden ihres Leiters beraubt die Arbeitersekretariate in Aachen, Wuppertal und Saarbrücken. Von den Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsbureaus verloren 24 ihren Leiter. Von diesen Stellen steht also der Bericht aus.

Aus den uns von den beizugebliebenen Rechtsberatungsstellen zugegangenen Berichten ist zu entnehmen, daß auch diese im Berichtsjahr auf eine gegenwärtige Tätigkeit zurückblicken können. Darüber sei im Nachstehenden ein knapper Überblick gegeben.

Die Zahl der Arbeitersekretariate ist im Berichtsjahr auf 10 stehen geblieben. Die Rechtsauskunftsstelle der Bergarbeiter in Wanne wurde mit der in Oberhausen verbunden und das Auskunftsbureau Oldenburg an das Sekretariat in Bremen überwiesen.

Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug im Berichtsjahr insgesamt 51 245. Davon entfallen auf die Arbeitersekretariate 28 103 Auskünfte, auf die Rechtsauskunftsstellen 22 309, auf die Auskunftsbureaus 833. Von den Personen, die Auskunft verlangten, waren 42 068 männlich, 9 187 weiblich. Organisiert waren 34 212; davon in den Gewerksvereinen 30 477, in freien Gewerkschaften 1613 und in christlichen Gewerkschaften 632; 1490 gehörten anderen Vereinigungen an; unorganisiert waren 17 033. Mündlich wurden 41 210 und schriftlich 10 035 Auskünfte erteilt. Ueber die Fragen, um die es sich bei der Auskunfterteilung handelte, gibt Tabelle I Auskunft.

Die Tabelle II enthält im einzelnen den Nachweis über die im Berichtsjahre wahrgenommenen Gerichtsverhandlungen und über die Ergebnisse der Vertretungen. Hierbei ist zu bemerken, daß in Wirklichkeit der gehabte Erfolg bedeutend höher sein dürfte, da einmal der Bericht hierüber von 27 Orten fehlt, und zweitens ein Teil der Kollegen es nicht für notwendig hält, uns über den Ausgang der Verhandlungen, namentlich an den Verhandlungs- und Oberverordnungsämtern, zu benachrichtigen, obwohl hierum mehrfach ersucht wurde. Von den bis zum Schlusse des Jahres tätig gebliebenen Kollegen sind im Berichtsjahr 490 persönliche Vertretungen nachgewiesen gegen 744 im Vorjahre. Der Rückgang dürfte, wenigstens soweit

Tabelle I. Die erteilten Rechtsauskünfte.

Kaufleute Nummer	Ort	Gesamtsatz der erteilten Auskünfte		organisiert	unorganisiert	Wo organisiert:				Arbeitersekretariate	Arbeits- und Dienstvertrag	Bürgerliches Recht	Strafrecht	Erbrecht	Einkaufs- und Verkaufsrecht	Arbeitsbewegung	mündlich	schriftlich	Schlichtung	
		männlich	weiblich			Gewerksvereine	lokalen Gewerksvereine	christliche Gewerksvereine	sonstige Gewerksvereine											
Arbeitersekretariate.																				
1	Berlin (Hauptsekretariat)	1029	988	46	1001	28	986	—	9	6	924	18	22	—	20	50	428	606	186	
2	Aachen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
3	Bremen	1819	1787	82	1625	194	1443	141	14	27	319	522	278	82	162	456	1606	218	157	
4	Duisburg	3239	2825	914	2711	528	2026	31	88	16	760	670	316	104	984	406	2020	1219	1118	
5	Düsseldorf	1427	1350	77	1814	113	1802	7	5	—	558	807	179	88	299	46	1382	45	314	
6	Düsseldorf-Worm	16608	12645	3958	4586	12017	2116	945	412	1118	1674	9116	2421	334	1725	1329	12648	3956	1341	
7	Hamburg	2692	2500	192	2101	591	1826	178	—	97	707	983	508	132	178	184	2633	59	348	
8	Wuppertal	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
9	Münster	1294	1068	286	998	801	868	72	31	22	372	252	204	68	244	159	1201	98	140	
10	Saarbrücken	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Rechtsauskunftsstellen.																				
11	Mittele. B.	2598	2495	108	2200	398	2179	19	2	—	820	592	694	42	506	4	2288	360	711	
12	Mittele. B.	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
13	Mittele. B.	815	218	102	201	114	198	2	1	—	114	54	76	7	61	8	277	38	88	
14	Breslau w. u. s. a.	2849	2844	5	2843	6	2843	—	—	—	369	451	477	218	860	474	2885	14	372	
15	Chemnitz	44	37	7	83	6	38	—	—	—	13	3	11	4	12	1	43	1	11	
16	Danzig	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
17	Dortmund	1955	714	1241	687	1288	658	7	3	4	131	156	1871	48	226	23	1924	81	347	
18	Dresden	1249	1142	107	981	268	950	11	13	7	157	201	87	23	203	578	767	482	157	
19	Elbing	59	59	—	59	—	59	—	—	—	14	14	9	4	18	—	58	1	25	
20	Erfurt	194	182	12	171	23	164	2	3	2	59	53	11	4	67	—	188	6	52	
21	Essen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
22	Finstertal	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
23	Forst	880	659	221	712	168	690	21	1	—	254	69	206	50	205	96	827	58	249	
24	Gelsenkirchen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
25	Helmwig	2408	2040	368	2339	99	2305	5	—	29	858	357	290	153	760	—	2097	811	627	
26	Hilfsl.	57	57	—	57	—	57	—	—	—	18	25	3	—	—	—	57	—	18	
27	Hamm	845	804	41	808	42	290	12	1	—	77	84	74	—	88	27	298	47	166	
28	Hannover	105	92	13	89	16	71	4	3	11	52	21	10	—	8	19	—	72	38	29
29	Hagen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
30	Ratowig	5041	4230	811	4568	478	4306	68	64	125	906	325	589	168	1574	1479	3586	1455	916	
31	Rhein	581	581	—	581	—	581	—	—	—	77	119	128	31	218	8	477	104	820	
32	Leipzig	241	187	54	220	21	212	2	—	6	122	39	17	6	87	20	236	5	128	
33	Mannheim	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
34	R.-Gladbach	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
35	Oberhausen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
36	Wanne Berg.	1168	949	219	1181	87	1118	8	5	—	658	163	83	50	190	24	890	278	462	
37	Eiegen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
38	Spreenberg	610	405	205	420	190	850	50	20	—	135	197	138	40	38	72	521	89	412	
39	Stettin w. u. s. a.	822	267	55	322	—	319	8	—	—	170	20	17	3	106	6	322	—	189	
40	" Fabr. u. d. Edn.	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
41	Stuttgart	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
42	Schweidnig	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
43	Ilm	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
44	Waldenburg	1071	1063	8	1019	52	1013	3	—	3	225	74	317	37	207	211	766	306	35	
45	Wanne F. u. d. Edn.	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
46	Weigenfeld	217	191	26	217	—	214	3	—	—	48	30	82	16	96	—	217	—	24	
47	Wilhelmsbad.	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Auskunftsbureaus.																				
48	Apolba	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
49	Bitterfeld	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
50	Chemnitz	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
51	Döbeln	70	53	17	41	20	41	—	—	—	24	18	12	—	16	—	35	35	35	
52	Hilfsl.	317	271	46	274	43	261	8	3	2	58	64	56	11	80	48	285	32	39	
53	Halle	363	342	21	350	13	319	7	4	20	73	121	42	14	80	33	239	124	32	
54	Hannover	88	88	—	88	—	70	4	—	—	27	—	18	2	22	14	42	41	39	
55	Jena	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
56	Naucun	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
57	Rosen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
58	Stettin	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
59	Thorn	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Gesamtzahlen:																				
		51245	42058	9187	84212	17033	80477	1613	632	1490	10772	15113	8821	1687	9302	5750	41210	10035	8972	

Tabelle II. Zusammenstellung der wahrgenommenen Verhandlungstermine, ihrer Ergebnisse und der angefertigten Schriftsätze.

Ort bzw. Name des Sekretariats	Es wurden Verhandlungen persönlich wahrgenommen:					Die Vertretung endete in Fällen:					Direkt nachweisbares finanzielles Ergebnis:				Die angefertigten Schriftsätze betrafen:				
	Abschluß	Weiterberufung	Gewerbegericht	Sonstige	Sonstige	mit Erfolg	mit Zeilenfall	ohne Erfolg	sonstige	sonstige	Abschluß	Weiterberufung	Gewerbegericht	Sonstige	Abschluß	Weiterberufung	Gewerbegericht	Sonstige	
Berlin, Hauptsekretariat	165	154	—	1	42	12	101	89	5516	5516	—	—	136	128	8	—	5	—	
Bremen	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	157	56	25	19	86	
Düsseldorf	17	11	6	—	9	8	5	—	8887	8165	172	—	1118	804	58	82	719	5	
Düsseldorf	17	17	—	—	9	2	6	—	4650	8750	—	900	814	171	25	28	52	48	
Frankfurt, a. M. — Worms	144	77	48	19	58	20	71	—	18762	9071	8481	1250	1841	712	92	242	240	55	
Hamburg	9	2	8	4	—	—	—	—	1971	—	—	—	848	87	91	78	60	82	
Hamburg	6	8	1	2	—	1	3	—	850	190	40	120	140	48	18	68	7	39	
Mitena	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	711	216	28	7	452	18	
Angsburg	4	1	—	—	—	—	—	—	225	225	—	—	38	15	2	12	1	8	
Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	872	24	8	27	298	15	
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	—	1	—	7	8	
Dortmund	19	9	7	8	5	9	5	—	—	—	—	—	847	54	46	91	156	—	
Dresden	17	4	5	8	1	18	8	—	461	186	825	—	157	47	21	9	22	58	
Elbing	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25	18	—	—	7	—	
Erfurt	8	2	1	—	—	2	1	—	—	—	—	—	52	12	1	2	86	1	
Fritz	8	8	—	—	2	8	8	—	1008	1008	—	—	249	47	9	71	95	27	
Gleiwitz	4	8	1	—	—	1	1	—	—	—	—	—	627	287	16	82	818	29	
Grätz	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	2	—	—	11	—	
Hamm	5	8	2	—	1	1	8	—	828	—	—	—	166	41	65	29	11	20	
Hannover, Raschmabauer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29	—	—	—	—	—	
Kattowitz	14	8	6	—	4	5	5	—	1002	860	142	—	916	168	88	128	422	115	
Leipzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	820	—	—	—	—	—	
Reich	8	8	—	—	2	5	1	—	1200	1200	—	—	128	67	—	8	84	19	
Reichshausen-Wanne	21	6	11	4	6	8	7	—	—	—	—	—	482	72	86	60	240	4	
Spremburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	412	121	52	164	64	11	
Stettin	10	4	6	—	4	2	4	—	1512	1267	245	—	189	120	8	8	68	—	
Waldenburg	12	10	—	—	2	4	2	6	1525	1525	—	—	85	12	—	7	16	—	
Weissenfels	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24	5	2	6	11	—	
Wismar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85	7	11	2	15	—	
Wittenberg	8	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89	21	5	8	8	2	
Zelle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82	15	4	8	10	—	
Hannover, Ortsverband	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	89	15	8	—	18	—	
Gesamtzahlen:	490	839	108	48	154	95	282	89	87887	27918	4855	2270	8972	2887	758	1116	8424	498	—

es sich hierbei um Unfälle handelte, nicht nur auf das Inkrafttreten des III. Buches der Reichsversicherungsordnung zurückzuführen sein, sondern auf die am 12. August 1914 im Reichsversicherungsamt stattgefundene Konferenz zur Beratung über Maßnahmen, die auf dem Gebiete der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung im Hinblick auf die Kriegsergebnisse erforderlich wurden. Auf dieser Konferenz wurde u. a. auch beschlossen, in den ersten drei Monaten der Kriegszeit Rentenversicherungen möglichst nicht stattfinden zu lassen. Das ist dann auch geschehen. Von den wahrgenommenen Verhandlungen betrafen 339 die Arbeiterversicherung, 103 Streitigkeiten vor den Gewerbegerichten und 48 andere Angelegenheiten. Ein voller Erfolg wurde in 154, ein Teilerfolg in 95 Fällen erzielt. In 282 Fällen war ein Erfolg nicht zu erreichen. Soweit uns Mitteilung über die Ergebnisse gemacht worden ist, haben wir, auf 12 Monate berechnet, den Statistiken 37 337 W. zugeführt. Das Nähere ergibt obenstehende Tabelle II. — ff.

Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß.

Eine städtische Versammlung tagte auf Einladung des Reichsamts des Innern am Freitag, den 30. April d. J. im Reichstagsgebäude. Zur Erörterung standen Fragen, welche die Arbeitsbeschaffung für heimkehrende Kriegsteilnehmer und die Regelung des Arbeitsmarktes nach Friedensschluß betreffen. Vertreter vieler Behörden, sozialer Körperschaften und Organisationen waren erschienen. So waren u. a. vertreten: Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die vier Hauptverbände der Arbeiterorganisationen, die Kaufmännischen und Angestelltenverbände, Deutscher Städteverband, der Deutsche Handelstag, der Landwirtschaftsrat und die Arbeitsnachweisverbände. Als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften nahmen an den Verhandlungen Verbandssekretär Reustedt und Bezirksleiter Jordan teil.

Geleitet und eröffnet wurde die Sitzung durch Staatssekretär Dr. Delfs, der bezüglich des Zweckes der Sitzung ungefähr folgende Ausführungen machte: Die Frage der Volksernährung während des Krieges ist gelöst; die Vorbereitungen für das nächste Erntehar sind im Gange. Die Zeit muß aber auch ausgenutzt werden, um weitere Maßnahmen zu treffen zur Ueberleitung der Verhältnisse des Krieges zu denen des Friedens. Dazu gehört die wichtige Frage der Regelung des Arbeitsmarktes. Der Krieg selbst hat diese Frage

schon zu einer recht bedeutsamen gemacht. Die gestellten Aufgaben sind während des Krieges dank der Mitarbeit aller Beteiligten gelöst worden. Schwieriger sind schon die Ueberleitung der Verhältnisse aus den Kriegsjahren in den Friedenszustand. Die Entwicklung dafür ist nicht vorauszuweisen, die Gestaltung des Arbeitsmarktes noch nicht festzustellen. Jedenfalls führen große Arbeitermassen nach Abschluß des Krieges auf den Arbeitsmarkt zurück und eine große Anzahl von Arbeitern wird frei durch den Rückgang der Heeresindustrie. Für deren Unterbringung müssen schon jetzt Maßnahmen vorbereitet werden. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften könnte schlimmstenfalls durch Notstandsarbeiten beseitigt werden; z. B. die Eisenbahn könnte sicherlich gut große Aufträge geben. Ein Meinungsaustausch der grundsätzlichen Ansichten über eine gezielte Reform der Arbeitsnachweisfrage kann erst nach dem Kriege erfolgen. Den Beratungen lag folgende Zusammenfassung zugrunde:

1. Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände:
 - a) Herausgabe von Adressenverzeichnis der sämtlichen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise des Bezirkes.
 - b) Anregung zur Errichtung und zum Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten.
 - c) Ausgleich der Arbeitsnachweise und Angebote im interlokalen Verkehr. Ausnutzung des weiter ausgebauten interlokalen Arbeitsmarktes.
2. Maßnahmen der Arbeitsnachweise:
 - a) Zusammenarbeiten aller an einem Ort befindlichen Arbeitsnachweise (Zentralauskunftsstellen). Enge Fühlung mit Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden, Bemühung des Arbeitsmarkt-Angebers.
 - b) Besondere Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte (wird besonders verfolgt).
3. Maßnahmen der Arbeitgeber:
 - a) Meldung der offenen Stellen an organisierte Arbeitsnachweise aller Art.
 - b) Wiedereinstellung früherer Arbeiter.
 - c) Beachtung des Beschäftigungsbedarfes der etwa zu entlassenden Ersatzkräfte.
4. Wünsche in Bezug auf Verwaltungsmaßnahmen der Reichs-, Staats-, und Kommunalbehörden, insbesondere der Heeres- und Marineverwaltung.

Die z. treffenden Maßnahmen der Arbeitsnachweisverbände wurden durch Ministerialdirektor Dr. Casper kurz erläutert. In der allgemeinen Aussprache wurde die bezirksweise Herausgabe von Adressenverzeichnis von Leistungsfähigen nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen vielfach als ein kleines Mittel bezeichnet. Die Herausgabe mußte durch eine Behörde erfolgen. Ein Zusammenarbeiten der Landwirtschaftskammern mit den übrigen Arbeitsnachweiser ist dringend notwendig. Auch das Kriegsinstitut müsse den bisherigen einseitigen Verkehr mit den Landwirtschaftskom-

mern bei der Arbeitsvermittlung aufgeben und in Zukunft mit den Arbeitsnachweiser gleichfalls in Verbindung treten. Die Entlassung der Krieger erfolge am besten in ihren bisherigen Wirkungskreis; dort finden sie bekannte Verhältnisse und einen festen Haß. Von den Vertretern der Arbeiterorganisationen wurde die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise für notwendig erachtet; nach Lage der Dinge sei aber der Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise nur zu befürworten. Den Arbeitern müßte dann aber eine Mitarbeit in der Verwaltung möglich gemacht werden, um so vorhandenes Mißtrauen zu beseitigen. Die Vertreter der öffentlichen Nachweise forderten eine stärkere finanzielle Unterstützung ihrer Bestrebungen durch das Reich. Die Herbeiführung eines Ausgleiches von Arbeitslosen im interlokalen Verkehr wurde als notwendig erachtet. Dafür sei der „Arbeitsmarktangeiger“ ein Hilfsmittel, das jedoch für die Großindustrie nur einen geringen Wert habe. Der interlokale Verkehr kann erleichtert werden durch freie Eisenbahnfahrt für die Arbeitslosen zwecks Antritt der Arbeitsstelle sowie durch Verbilligung der Telephongespräche und der Telegrammgebühren bei der Vermittlung von Arbeit. Diese Wünsche wurden auch von den Vertretern der Arbeiterorganisationen unterstützt, trotzdem für die organisierten Arbeiter das Aufsuchen von Arbeitsgelegenheit durch Wanderunterstützung, Uebersiedelungsbeihilfe bereits erleichtert ist.

Die Aussprache über Maßnahmen der Arbeitsnachweise wurde eingeleitet durch interessante Ausführungen des Oberregierungsrats Neumann, der eine Ueberlicht über die vorhandenen Arbeitsnachweiseinrichtungen, gleichzeitig aber auch über die Zerplitterung der Arbeitsvermittlung gab. Diese Zerplitterung müsse durch räumliche Zusammenfassung aufgehoben werden. Eine Zusammenfassung der örtlichen Arbeitsnachweise zu gemeinsamer Tätigkeit in einer Zentralauskunftsstelle wurde von allen Vertretern als dringend notwendig erachtet. Widerstrebende Arbeitsnachweise müßten durch leisen Druck der Regierung zur Mitarbeit veranlaßt werden. Die Arbeitgeber stellen eine Unterstützung ihrer Nachweise in Aussicht. Von mehreren Seiten wurde empfohlen, die Entscheidung über Zulassung von ausländischen Arbeitern von einem Gutachten der Zentralauskunftsstelle abhängig zu machen. Es steht doch fest, daß in Friedenszeiten trotz ständiger Entlassung unseres Wirtschaftslebens teilweise große Arbeitslosigkeit vorhanden war bei gleichzeitiger Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Diesen Vorschlägen widersprachen die Vertreter der Landwirtschaft. In der Industrie, so führten sie an, würde es vielleicht schwer fallen, beim Friedensschluß die Arbeitslosen unterzubringen, während andererseits in der Landwirtschaft sicher großer Mangel an Arbeitskräften vorhanden sein werde. — Die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte wird besonders von provincialen Behörden verfolgt werden. Von Arbeitgebern wurde dem Reichsbeschädigten den bestehenden Arbeitsnachweisen zu übergeben und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß den Kriegsbeschädigten für gleiche Leistungen gleicher Lohn gezahlt wird. Die Arbeitgeber beriefen sich auf ihre diesbezüglichen Beschlüsse, die deutlich erkennen lassen, daß sie nicht die Absicht haben, den Kriegsbeschädigten geringere Löhne zu zahlen.

Bezüglich der Maßnahmen der Arbeitgeber stellten die Vertreter der Arbeitgeberverbände in Aussicht, daß die Meldung offener Stellen an organisierte Arbeitsnachweise erfolgen werde. Die Meldung könne selbstverständlich nur an einen Arbeitsnachweis erfolgen. Das unorganisierte Suchen von Arbeitsstellen durch Umschauen und Zeitungsinserate soll dadurch beseitigt werden. Für einen Mangel zur Meldung offener Stellen fehle es an gesetzlichen Handhaben. Die Arbeitgeber erklärten sich ferner bereit, nach Möglichkeit frühere Arbeiter nach Rückkehr aus dem Kriege wieder einzustellen. Der Umfang dieser Einstellungen und die Weiterbeschäftigung der Ersatzkräfte hänge von der Gestaltung der Industrie und der Marktverhältnisse ab. Die Unterbringung der freizuwendenden Ersatzkräfte ist ganz besonders schwierig. Namentlich für die Gemeinden ist es eine ernste Frage, die erleichtert werden könnte durch Entgegenkommen der Militärbehörde. Auf die Lage der Gemeinden müsse Rücksicht genommen werden bei dem Fordern nach Einstellung von Militäranwärtern.

Zum Schluß der Sitzung wurden noch verschiedene Wünsche zum Ausdruck gebracht. Für die gewerkschaftliche Stellvermittlung wurde eine strengere Beaufsichtigung gefordert; eine zeitige Vorbereitung gegen das Ueberbieten dieser Art

Stellen... an die... vor Berg... verhältnis... Der... den guten... iduellen... einer Reg... sammenz... organisi... gefskiden... kommen... werden... der vier p... ohne Ein... ber und n... Maßnahmen... weites füt...

Ull

Die... schäftigt... industrielle... gutgeheiß... gebracht... 1. Es... Dankbarkeit... Vaterland... zuzuführen... der Gesell... 2. Sod... die Stellung... zuzuführen... f... und Hilfs... ihnen in... einen neuen... fähig zu... beitskraft... schädigen... Den da... Allgemeinde... bürger freu... 3. We... sind verhe... weitestem M... werden... Die Ar... Ehrenpfli... trieben ange... lenen und... Verhältnisse... Sie wü... Amosen zu... gen entpred... 4. Die... Kriegsinvali... triebsmittel... Sie ist hierz... Allgemeinde... Nöthigkeiten... Gesamtheit... Wir be... tung und k... dann noch g... an die jetz... ginnit. Die... Opfer der... her als ein... Dankbarkeit... Ehrenpfli...

Eine... bayerische... schäften auf... zeitigen, auf... fehrüberwalt... ihr Beschäfti... Reberjes, du... Gewerkschaft... balnerverba... diesen Reber... gewesen... nun die Ver... Berufung a... broachte A... Gesamtkoas... Eruchen ger... mungen zu... weise noch a... Die Ant... vom Ministe... geidneten S... teiche der... Arbeiter zu... men, noch... lungen über... kommt die p... nicht in Betro...

Stellungsvermittlung sei notwendig. Ferner wurde an die Militärverwaltung der Wunsch gerichtet, vor Vergabe von Wehrersatzbefreiungen die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben zu prüfen.

Der Verlauf der ganzen Sitzung ließ alleseitig den guten Willen erkennen, im Interesse einer schnellen Unterbringung der Kriegsteilnehmer und einer Regelung des gesamten Arbeitsmarktes zusammenzuarbeiten. Die Fokussierung der Arbeiterorganisationen, noch während des Krieges zu einer gezielten Reform der Arbeitsnachweisfrage zu kommen, muß angesichts der Sitzung aufgegeben werden. Immerhin ist das gemeinsame Vorgehen der vier verschiedenen Arbeiterorganisationen nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Dinge geblieben und wird früher oder später doch zu gezielten Maßnahmen und zur Reform des Arbeitsnachweises führen.

in eine schriftliche oder auch mündliche Erörterung der in dem Gesuch genannten Nachfrage zurück einzutreten. Infolgedessen bin ich der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die Angelegenheit auf sich beruhen kann."

Mit andern Worten: Vorläufig wird der Webers nicht angewandt, für die Zukunft aber bleibt er bestehen. Die Antwort drückt sich um den Kern der Sache herum wie die Sache um den heißen Brei.

Zum Verteidiger des Herrn Kirdorf wirt sich die „Deutsche Volkswirtschaft, Korrespondenz“ auf, die dem preussischen Handelsminister Dr. Sydow folgendes Verzeichnis ins Album schreibt:

„Der Handelsminister scheint in diesem Falle eine wenig glückliche Hand gehabt zu haben, indem er den Bergarbeitern die Erfüllung von Wünschen in Aussicht stellte, ohne die geringste Gewähr für deren Vollziehung übernehmen zu können. Das ist immer möglich, denn Hoffnungen sind erweckt worden, deren Befriedigung eine gerechte Stimmung der Bergarbeiter gegen die Bergwerksbesitzer auslösen muß. Minister v. Sydow konnte sein Wohlwollen für die umgehende Ausgestaltung der Einigungsämter gar nicht zum Ausdruck bringen, ohne die langwierigen Verhandlungen der letzten Jahre über dasselbe Thema sich gegenwärtig zu halten. Er mußte also besser wie jeder andere wissen, welche Gründe dem Ausbau der amtlichen Streitschlichtung bisher im Wege standen. Ueber diese Gemütsverhältnisse dürfte ein Minister nur hinwegsehen, wenn er davon überzeugt war, daß während des Krieges an den zuständigen Regierungsstellen ein völliger Umschwung der Auffassungen in Sachen der Einigungsämter erfolgt sei. Hierüber liegt ein Nachweis zurzeit aber nicht vor. Jedenfalls reicht die Einbeziehung auf die hochverehrte Begeisterung, mit der in der Not des Vaterlandes auch die gewerkschaftlichen Arbeiter zu den Waffen geiffen haben, für eine Entscheidung wirklich nicht aus, die die allgemeingültigen sachlichen Bedenken gegen eine Streitschlichtung nichtfreiwilligen Charakters in Arbeiterlohnfragen gleichfalls gebührend in Anschlag bringen muß.“

Hier steht der Fehler im Verhalten des Handelsministers. Der Ruf von obligatorischen Einigungsämtern steht auch dann sehr fragwürdig, wenn an der patriotischen Gefinnung der gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu zweifeln ist. Und diese sachlichen Momente bedingen die Stellungnahme der Arbeitgeber, die mit gutem Gewissen die Unterstellung abweisen können, daß ihnen an einer friedlichen Beilegung der aus dem Arbeitsvertrage entspringenden Konflikte nichts gelegen sei. Wir halten es für wahrscheinlich, daß die Wege zu einer besseren Sicherung des Arbeitsfriedens, nach dem Kriege nochmals einer eingehenden Prüfung unterzogen werden; um so weniger war es dringlich, schon jetzt inmitten des Krieges übereile Entschlüsse zu fassen, deren weitere Folgen vorerst schwer erkennbar sind. Wenn jetzt eine gewisse Konfliktstimmung unter den Bergarbeitern Platz greift, wer trägt an ihr die Schuld? Die Arbeitgeber keinesfalls! Was aber wird erst nach dem Kriege, in ein bis zwei Jahren, an sozialpolitischen Forderungen an die Oberklasse kommen!

Es werden demnach auch nach dem Kriege noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden sein, die sich einer gesunden Fortführung der Sozialreform entgegenstellen.

Die Lage des Arbeitsmarktes im März, also im 8. Kriegsmonate, zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ denselben lebhaften Beschäftigungsgrad der meisten deutschen Gewerbe, der seit einer Reihe von Monaten für die Wirtschaftslage kennzeichnend ist. Einige Industrien haben im März noch eine weitere Steigerung ihrer Tätigkeit erfahren.

Nach den Berichten der einzelnen Unternehmungen und Verbände wies der Kohlenbergbau ungewöhnlich starke Nachfrage auf. In verschiedenen Gebieten ist noch eine weitere Erhöhung des Abfahrs und der Förderung eingetreten. Auch die Kohleerzeugung verzeichnete im März eine Steigerung. Insbesondere macht sich eine weitere Verbesserung des Beschäftigungsgrades bei den Stahl- und Walzwerken geltend. Auch die übrigen Zweige der Metallindustrie haben, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, eine Steigerung der Tätigkeit erfahren. In der Maschinenindustrie behauptete sich im Berichtsmonte nicht nur die lebhafteste bisherige Beschäftigung, sondern der Tätigkeitsgrad vergrößerte sich teilweise im Vergleich zum Vormonate noch; ähnliches gilt auch für die elektrische Industrie. Die chemische Industrie und das Spinnstoffgewerbe wies im ganzen keine wesentliche Veränderung auf; einzelne Abwägungen stehen hier anderweitigen Erhebungen in der Beschäftigung gegenüber. Für den Baumarkt kann über eine wesentliche Besserung noch nicht berichtet werden.

Die Nachwirkungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mit-

glieder am 1. April dem Anfang des Vormonats gegenüber eine geringfügige Abnahme der männlichen Beschäftigten um 1,01 v. H. und eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 2,07 v. H. Insgesamt haben die Beschäftigten um 0,23 v. H. zugenommen. Die Verminderung der männlichen Beschäftigung geht auf neue Einberufungen zum Wehrdienst zurück.

Die Arbeitslosigkeit hat sich weiterhin verringert. Von den 1,14 Millionen Mitgliedern, über welche von 38 Fachverbänden für den März berichtet wird, waren 3,4 v. H. gegenüber 5,1 v. H. im Vormonate arbeitslos.

Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen ist die Zahl der Arbeitssuchenden im Verhältnis zu der der offenen Stellen im März bei den männlichen Personen sowohl dem Vormonate gegenüber wie besonders im Vergleich zum März 1914 erheblich zurückgegangen, bei den weiblichen Personen dagegen gestiegen. Auf 100 offene Stellen kamen nur 98 männliche, dagegen 152 weibliche Arbeitssuchende.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweisenverbände hat sich der Arbeitsmarkt in Brandenburg, Berlin wie in Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen im allgemeinen noch günstiger als im Vormonate gestaltet. Besonders machte sich im März auch in Schlesien eine erhebliche Steigerung der Tätigkeit der Arbeitsnachweise und eine erfreuliche Besserung im Beschäftigungsgrade geltend. Auch in Sachsen-Anhalt entwickelte sich der Arbeitsmarkt im März in der gleichen Richtung wie in den Vormonaten. In Hamburg haben sich die Beschäftigungsverhältnisse für die männlichen Personen weiterhin wesentlich gebessert. Ebenso gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes in Bayern und Württemberg wesentlich besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Für Schleswig-Holstein wird die Gesamtlage als dauernd günstig bezeichnet. In Posen und Pommern überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot von Arbeitern. Ebenso ist in Westfalen der Arbeitermangel nicht geringer geworden. Im Rheinland, in Sassen-Nassau und Sassen wie in Baden sind wesentliche Veränderungen auf dem Arbeitsmarkte nicht eingetreten.

Ein gutes Mittel gegen den Lebensmittelwucher. Die Polizeiverwaltung in Düsseldorf hat eine „weiße Liste“ von solchen Geschäftsleuten angelegt und veröffentlicht, die ihre Waren unter den bestehenden Durchschnittspreisen abgeben. Die Behörde hofft, auf diese Weise den Preistreibern auf dem Lebensmittelmarkt zuzumachen Steuern zu können. Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist allerdings, daß die Konsumenten in Düsseldorf diese „weiße Liste“ beachten und bei den aufgeführten Geschäftsleuten ihren Bedarf decken. Unter diesen Voraussetzungen könnte das Düsseldorfer Vorbild auch anderwärts zur Nachahmung empfohlen werden.

Kriegshilfe der deutschen Genossenschaften für Ostpreußen. Auf Anregung der Kriegszentrale des Gauja-Bundes haben sich am 13. April in Königsberg der Allgemeine Verband Schulze-Delitscher Genossenschaften, der Raiffeisenverband, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Hauptverband gewerblicher Genossenschaften zu einem Kriegserverband ostpreussischer Genossenschaften zusammengeschlossen, durch den die genossenschaftliche Arbeit für den Wiederaufbau Ostpreußens nutzbar gemacht werden soll. Insbesondere hat der Kriegserverband sich zu diesem Zweck auch die Gründung und Leitung von Rohstoff- und Lieferungs-genossenschaften der ostpreussischen Handwerker und Kleinhandlärer zur Aufgabe gestellt.

Ein Markstein in der Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens ist dieser 13. April und die Königsberger Tat. Auch hier hat der Krieg ausgleichend und befruchtend gewirkt. Unter Zurückstellung aller Gegensätze und aller Einzelmühen haben sich zum ersten Male in Deutschland alle Richtungen der Genossenschaften zu einmütiger und gemeinsamer organisatorischer Arbeit zusammengefunden, in dem alle bestrebenden Streben, die genossenschaftlichen Erhebungen und den Segen genossenschaftlicher Arbeit der schwer geprüften Provinz Ostpreußen dienlich zu machen.

In der Freude über das Gelingen des schwereren Werkes wurde von den Führern der ostpreussischen Genossenschaften allerseits der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieser erstmalige organisatorische Zusammenschluß aller deutschen

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. Mai 1915.

Die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer beschäftigt auch den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, dessen Vorstand folgende Leitsätze aufgestellt und den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht hat:

1. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und der Dankbarkeit, die Krieger, die im Kampfe für das Vaterland Invaliden geworden sind, der Arbeit wieder zuführen, damit sie sich weiter als nützliche Glieder der Gesellschaft fühlen.

2. Sache des Staates und der Gemeinden ist es, die Fehlung der Kriegsinvaliden auf ihre Kosten durchzuführen, für Beschaffung von künstlichen Gliedmaßen und Hilfsvorrichtungen (Prothesen) Sorge zu tragen, ihnen in Schulen Gelegenheit zu geben, wenn nötig einen neuen Beruf zu erlernen, kurz sie wieder arbeitsfähig zu machen — und sie für die verminderte Arbeitskraft in Form einer Rente genügend zu entschädigen.

Den dadurch erschwerten Anforderungen an die Allgemeinheit gehen auch die Arbeitgeber als Staatsbürger freudig und dankbar ihre Zustimmung.

3. Alle Bemühungen von Staat und Gemeinden sind vergebens, wenn der Kriegsinvaliden nicht in weitestem Umfange wieder Arbeitsplätze eingeräumt werden.

Die Arbeitgeberchaft erkennt es daher als ihre Ehrenpflicht an, und sieht ihre besondere Aufgabe darin, kriegsverletzte Angehörige und Arbeiter, die ihren Betrieben angehören, wieder aufzunehmen und beim Anlernen und Umlernen zu unterstützen, soweit dies die Verhältnisse im einzelnen irgend gestatten.

Sie würde es für verfehlt halten, diesen ein Almosen zu geben, sie will sie vielmehr ihren Leistungen entsprechend entlohnen.

4. Die Industrie bringt durch Einstellung von Kriegsinvaliden ein Opfer, da sie mit ihnen ihre Betriebsmittel nur in geringerem Maße ausnützen kann. Sie ist hierzu bereit und erhält dadurch sich und der Allgemeinheit das Kapital an geistigen und praktischen Fähigkeiten, das die kriegsinvaliden Arbeiter in ihrer Gesamtheit darstellen.

Wir begrüßen dieses Vorgehen mit Genugtuung und hoffen, daß nach diesen Grundätzen auch dann noch gehandelt wird, wenn die Erinnerung an die jetzige große Zeit etwas zu verblasen beginnt. Im übrigen kann man nicht wohl ein Opfer der „Industrie“ nennen, was man kurz vorher als ein „Gebot der Menschlichkeit und der Dankbarkeit“ und weiter als Erfüllung einer „Ehrenpflicht“ bezeichnet hat.

Eine ausreichende Antwort hat jetzt das bayerische Staatsministerium den freien Gewerkschaften auf ihre Eingabe, den Streikwebers zu beiseitigen, zukommen lassen. Die bayerische Verkehrsverwaltung verlangt bekanntlich von den bei ihr Beschäftigten Suchenden die Unterzeichnung eines Webers, durch den sie sich verpflichten, den freien Gewerkschaften und auch dem Süddeutschen Eisenbahnverband fernzubliesen. Alle Bemühungen, diesen Webers zu beseitigen, sind bisher vergeblich gewesen. Im November vorigen Jahres haben nun die Vertreter der freien Gewerkschaften, unter Berufung auf die während des ganzen Krieges beobachtete Pflichttreue der Eisenbahner, an das Staatsministerium eine Eingabe mit dem Ersuchen gerichtet, „reflexlos alle Ausnahmebestimmungen zu beseitigen, die bisher unberechtigtweise noch aufrecht erhalten sind.“

Die Antwort darauf ist jetzt erfolgt. In dem vom Ministerpräsidenten Frdn. v. Hertling unterzeichneten Schreiben heißt es, daß zurzeit im Bereiche der bayerischen Verkehrsverwaltung weder Arbeiter zur ständigen Verwendung neu angenommen, noch Tagelohnbedienten in die Beamtenstellungen übergeführt werden. Bei dieser Sachlage kommt die praktische Handhabung des Webers nicht in Betracht, und es erübrigt sich deshalb auch,

Gewerkschaftsverbände auch über die Provinz Preußen und über den Krieg hinaus leistungsfähig wirken werde.

Die Wirkungen der amerikanischen „Neutralität“, die sich in gewaltigen Lieferungen an Kriegsbedarf an unsere Feinde äußert, werden vortrefflich geschildert in der „Newyorker Wochenzeitung“. Das Blatt schreibt:

Die von einer Versicherungsgesellschaft gemachten Erhebungen setzen die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Newyork auf ungefähr vierhunderttausend an. Von anderen Seiten, amtlichen und halbamtlichen, die sich ebenfalls mit der Frage beschäftigen, wie groß eigentlich das Elend sei, wie fern die Prosperität, auf die Amerika, die einzige große Friedensmacht, gesegnet an reichen Ernten, Ansprüche hätte, wird ausgegeben, daß die Zahl die Situation getreu schildere. Eine halbe Million Arbeitslose in der einen Stadt.

Es ist anderswo nicht anders. Hier und dort mag zeitweise durch regere Tätigkeit auf einzelnen Gebieten ein kleiner „Dum“ zu bemerken sein; aber das sind Ausnahmen, sind Oasen in der Wüste, sind für den Augenblick, sind nicht die Anzeichen eines aufblühenden Handels, einer neuerwachten Industrie. Hier hat der Russe eine Million Barer Säule, der Franzose Autos, der Britte Dum-Dum-Kugeln in großer Zahl bestellt; dort wird ein großes Unternehmen wie unsere Subway von einer Municipalität durchgeführt. Das ist das alles viel anders als ein Tropfen im Meer! ... Die Verteidiger des Waffenhandels betonen fortwährend: Seht, welche Arbeitsgelegenheit die geliebten Alliierten den amerikanischen Arbeitern geben! ... Und vierhunderttausend hungern, darben, suchen vergebens Arbeit in der Kaiserstadt der jungen Welt, die weder blockiert ist, noch am Kriege sich beteiligt! ... Wären wir frei, unabhängig von dem England, das einige wenige Lieferanten bereichert, es gebe keine vierhunderttausend Arbeitslose in Newyork — und einige wenige Millionäre in Pittsburg oder Hartford, die mit den enormen Profiten der Waffenlieferungen nächsten Sommer in Monte Carlo eine Rolle spielen könnten.

Leider finden diese durchaus zutreffenden Bemerkungen weder in der profitierigeren Geschäftswelt der Vereinigten Staaten, noch bei ihren leidenden Staatsmännern die verdiente Beachtung.

Von einem Burgfrieden, wie wir ihn in Deutschland haben, spürt man in England nichts. Das beweisen am besten die zahlreichen Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die auf die Dauer selbst die Vermittlung der Regierung nicht hat beilegen können. Jetzt ist auch in der Arbeiterchaft selbst ein bemerkenswerter Streit

ausgebrochen, der an Vorgänge erinnert, die sich vor einigen Jahren abgepielt haben. Damals handelte es sich um die Verwendung von Organisationsbeiträgen für politische Zwecke, d. h. für die Unterhaltung von Arbeiterabteilungen. Es erging damals das sogenannte Osborne-Gesetz, wonach die Trade Unions zwar eine sogenannte „politische Klasse“ aus Sonderbeiträgen anlegen durften, jedoch nur, wenn in einer Urabstimmung sich zwei Drittel der Mitglieder für eine solche Klasse ausgesprochen hätten. Trotzdem stand es jedem Mitglied frei, sich auf Antrag von der Zahlung des Sonderbeitrages befreien zu lassen.

Seit einiger Zeit nun haben die Arbeiter sich ein politisches Blatt, den „Daily Citizen“ gegründet, zu dem im ersten Jahre die Trade Unions über eine Million Mark beisteuern mußten. Das war nur möglich durch Heranziehung der allgemeinen Mittel. Dagegen hat nun ein Mitglied der Trade Union der Maler Klage erhoben und ein obiges Urteil erzielte. Allen Trade Unions wird durch dieses Urteil unterzagt, andere Mittel als die aus der „politischen Klasse“ für die Zeitung zu verwenden, weil dieselbe in der Gründungskunde der dafür geschaffenen Gesellschaft als „politisches Blatt“ bezeichnet ist. Die Folge davon ist, daß der „Daily Citizen“ jetzt nicht mehr in London, sondern in Manchester gedruckt wird. Die alte Gesellschaft soll aufgelöst und eine neue gegründet werden, um jene rechtliche Unterbindung ihrer Geldquellen zu bereinigen.

Aus dem Verbands.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Verbandsversammlung der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstraße 221/228. Jeden 1. Mittwoch im Monat abends 8½. Nächste Zusammenkunft am 2. Juni. Gewerksvereins-Vorstand (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr. Verbandsversammlung der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Nächste Sitzung am Sonntag, d. 8. Mai 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8½ Uhr. Versammlung im Nordwest-Casino, Alt Moabit 56. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. 8½ Uhr. Schöndorfer Allee 65. Tagesordnung baselfest.

Distrikt- und Regionalverbände.

Bremen (Distriktverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter - Sitzung im Turfhaus Gesellschaftshaus, Bremen, Neffenstraße. Cottbus (Distriktklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Don-

nerstag im Monat bei Hanke, Sandbörnerstr. 48. Dessau. Gewerksvereins-Vorstand jeden Mittwoch, abends 8½-11 Uhr. Verbandsversammlung der Deutschen Gewerksvereine (Distriktverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter-Sitzung bei Roggenkammer, Albersfeld, Waisenstr. und Erdgängerstr.-Weg. Essen (Distriktverband). Jeden Sonntag, abends 8—10 Uhr. Distriktsversammlung der Deutschen Gewerksvereine (Distriktverband). Jeden Freitag von 8—10 Uhr. Verbandsversammlung der Deutschen Gewerksvereine (Distriktverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr. Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr. Distriktsversammlung im Verbandslokal von C. Simon, Alter Markt. Gießen (Distriktverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr. Distriktsversammlung bei Sudewitz. Gumburg (Distriktverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr. Verbandsversammlung bei Hofe, Heinestr. Gumburg (Rebberstraße). Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Wetzl, Lagerstraße 2. Gumburg (Gewerksvereins-Vorstand). Jeden Donnerstag. Verbandsversammlung bei Köhner in Altona, Eimsbüllersstraße 48—50. Gernse (Distriktverband). Jeden 1. Sonntag im Monat. Sitzung bei W. Witz, Rade, Dahnstraße, gegenüber der evang. Kirche. Geyerhahn. Distriktsversammlung jeden 3. Mittwoch im Monat abends, pünktlich 8½ Uhr bei D. Hillje, Rebenstraße 5. Hildesheim (Distriktverband). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr. Vertreter-Sitzung in der Berg-Erdgänger, Kreuzgasse. Leipzig (Gewerksvereins-Vorstand). Die Verbandsversammlungen finden jeden Mittwoch abends 8—11 Uhr im Verbandslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25. Nähe und stimmungsgemäße Mitglieder sind herzlich willkommen. München. Nächste Sitzung am Sonntag im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. Oettingen (Sängerchor d. Gewerksvereine). Die Verbandsversammlung finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sozial Reich, Poststraße 5, statt. Stimmabgabe Kollegen herzlich willkommen. Tegel. Distriktsversammlung bei Tegel, Vorkommando u. Reichensdorf. Sitzung jeden Dienstag, abends 8—10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Cafe Schönebergstraße. Tübingen (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Krolef, Maurerstr. 62. Weichhan, Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abends von 8—10½ Uhr. Distriktsversammlung beim Kollegen Gimmel. Weichhanfeld a. G. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerksvereine). Verbandsversammlung jeden Mittwoch, abends von 8 bis 11 Uhr im Verbandslokal, „Klostergarten“. Gesangliebende Gewerksvereinskollegen stets willkommen. Wörmes (Distriktverband). Gesangsabteilung der vereinigten Gewerksvereine (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr. Sitzungslokal im Verbandslokal „Wetmal“.

Mitteilungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Zabrze. (Distriktverband.) Anton Jada 4, Kassierer, Ruda, Str. Zabrze, Beuthenerstr. 46.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen baare Zahlung aufgenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine Gr. B.-Berlins (G.-D.)

Eine

Wohltätigkeitsvorstellung

zum Besten der Hinterbliebenen unserer im Kriege gefallenen Kollegen aus Groß-Berlin findet am

Dienstag den 11. Mai, abends 8 Uhr im Volkshaus-Theater am Weinbergsweg 19/20 statt.

Zur Aufführung gelangt das Ausstattungsgstück:

Die Jagd nach dem Glück.

Die Eintrittspreise betragen für Loge 1,50 M., statt 3.— M. Orchester-Boxen 1,25 M., statt 2.— M. Orchester-Parquet 1,00 M., statt 1,50 M. Parquet-Parquet 0,50 M., statt 1.— M. Parquet und Rang —,50 M., statt —,50 M.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben bei den Kollegen C. Jordan, NO 55, Greifswalder Straße 221-223 A. Elberg, O 24, Weidenweg 7, III B. Weg, NW 87, Alt-Moabit 56, v. IV C. Friedrich, SO 26, Reichenberger Straße 55, v. III Dr. Arng, SW 47, Mödernerstraße 77 S. Kaufmann, N 31, Brunnenstraße 61, III M. Obedrecht, N 20, Grünhalders Straße 20, II A. Klein, Zigarrengeschäft, N 87, Grünhaldersstraße 9 C. Saager, N 113, Wichterstraße 20 Adolf Trede, NO 55, Greifswalder Straße 221-223

Die Hälfte des Reinertrages wird der Sozialen Kommission zu dem angegebenen Zweck zur Verfügung gestellt. Es darf deshalb wohl erwartet werden, daß diese Gelegenheit, sich und seinen Angehörigen einen genutzreichen Abend zu verschaffen und gleichzeitig einen guten Zweck zu erfüllen, von den Gewerksvereinskollegen in Groß-Berlin recht ausgiebig benutzt wird. Wer nicht selbst kommen kann, schicke seine Frau und seine erwachsenen Kinder.

Der Vorstand der Sozialen Kommission.

Jordan. Trede. Bergmann.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-228. — Druck und Verlag: Goebede u. Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

Kachen (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Kachen, Fällischerstr. 77.

Seitlingen, Württg. (Distriktverband). Als Ortsverbandsgesellschaft erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 60 Pfg. bei G. Sapper, Bärlemacher, Hauptstr. 48.

Burg b. Magb. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgesellschaft beim Kassierer Wilhelm Priskay, Holzstr. 2.

Bitterfeld (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbescheinigung von 75 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Besuche nicht am Orte betriebl. beim Ortsverbandskassierer C. Eppendorf, Hallischerstr. 27.

Brandenburg (Distriktverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbescheinigung beim Kollegen K o l n o w s k i, Kullmerstraße 1.

Hohenhausen (Distriktverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufs erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen R o h l, Nordstr. 10.

Hofdam (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbescheinigung bei dem Kassierer ihres Berufs.

Sommerfeld (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgesellschaft im Betrage von 75 Pfg. bei dem Verbandskassierer Emil Frankel, Bismarckstr. 8, wochentags abends 6½—8½ Uhr.

Cottbus (Distriktverband). Unsere Herberge befindet sich im Gasthof „Zum preussischen Hof“, Taubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen F. S o l l r e d e r, Euthenerstr. 4.

Freiburg i. Schl. (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten bei Ortsverbandsgesellschaft bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgleichfalls bei der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Ernst Gerber, Sandbörnerstr. 85.

Hafswall. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstüfung bei A. Herzholz, Klotzstr. 10.

Halle a. S. (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihre Ortsverbandsgesellschaft (Berufungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufs, Kollegen unretireten Berufs beim Ortsverbandskassierer Karl N o v e Große Steinstraße 10, G. IV.

Hatthor, O.-Schl. (Distriktverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Unterstüfung von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Franz Preis, Salsstr. 17.

Sprottau-Gulan (Distriktverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstüfung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen F. Schieuer in Sprottau, Plogauerstraße 10. Arbeitsnachweisabendbescheinigung.

Schwelm (Westfal.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstüfung von 60 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Ernst Dreier, Kaiserstr. 5.

Wenig (Distriktverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstüfung von 75 Pfg. Karten sind zu entnehmen beim Kollegen D. D h m i g, Bangerberg 5.

Niedermünde, i. W. (Distriktverband). Durchreisende Kollegen erhalten eine Unterstüfung f. Durchreisende bei A. S a e h n, Torzelow, Dornbergstr. 5. Karten bei A. S a e h n, Niedermünde, Grabenstr. 25.

Dortmund (Distriktverband). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten Ortsbescheinigung, Gewerksvereinsbüro, K r i m m e r. 7. Dasselbst befindet sich auch d. Arbeitsnachweis.

Leipzig-West (Distriktverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgesellschaft bei den Verbandskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße 25—27. Zutreffend.

Ischindorf i. Schl. (Distriktverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterstüfung von 75 Pfg. beim Kassierer Ernst R i t s c h e.

Spanbau (Distriktverband). Durchreisende Kollegen aller Berufs erhalten ein Ortsverbandsgesellschaft von 75 Pfg. im Sozial von G. Hoffmann, Wollk- und Wiswarstr. 24.

10) ...
Erstein
Werte
bei frei
Alle 9
Nr. 89/
Kriegsge
Dinterblie
den und sou
nein Feine
Schlachtwie
über Teil.
Ar
Die Gr
d. h. für d
eingelegte
haben, ist e
Die Zahl d
Kriege groß
Die Frage
gang ander
1870/71. E
den. Ein
unserer Ar
durch ist d
fähigkeit de
stimmten G
aber auch d
Gabel und
die Möglich
schädigten g
Willen aller
zu lösen sein
beitgeber wi
der Erlang
lichkeit beste
Difer gebra
zum Säuge
nicht von d
digen gepr
Eine u
steigt aber a
schaft. Jed
wertvoll we
durch die G
immerer We
einer kleiner
vollwertige
Standes. Z
weiterbewer
Nente ohne
ruf oder ein
Gefahr eine
also ein gar
Sie müssen
Spalten des
den ist. den
zur Hand u
beit unterst
wenn die M
Mitarbeiter
herangezoge
des g a n a
hilfe der Ar
Das ha
arbeiten und
Berberatung
tungen über
Reichsberf
idast gehört
nach Organ
wurde. hab
tungen es fr
für die Krie
hat die Prot
beit ein
Anzahl Org
negezen find